Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, März 12, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General-Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Bitten um Nachsicht.

Die große Länge der Congreß-Verhandlungen betreffend das Impeachment des Präsidenten, nöthigen uns, mehrere interessante Artikel für nächste Nummer zu verschieben. (In Hinsicht des Impeachments wollen wir blos noch erwähnen, daß wir in unserer früher ausgesprochenen Ansicht betreffs dieser Sache immer mehr bestärkt werden, nämlich, daß der ganze Impeachment-Schwindel in Dunst aufgeben, und Präsident Johnson ungeschoren davonkommen wird.)

Die Mittheilung des Hrn. H., sowohl als den Aufruf des deutschen Preßvereins, und die Verhandlungen der Legislatur müssen wir gleichfalls verschieben.

Die Demokratische Staatsconvention.

Die am letzten Mittwoch in Harrisburg tagende demokratische Staats-Convention, deren Verhandlungen wir im Auszuge in einer andern Spalte geben, war eine der größten Demonstrationen, die je hier abgehalten wurde. Es hatte sich eine ungeheure Masse von Zuschauern aus allen Theilen des Staates eingefunden. Die schönste Harmonie charakterisirte die Verhandlungen der Convention, und wir haben keinen Zweifel, daß auch die von ihr vorgeschlagenen Candidaten, deren Namen wir heute als unsere Bannerträger an die Spitze unserer Spalten stellen, die Billigung aller Demokraten und Conservativen erhalten werden.

Mangel an Raum hindert uns, heute die Fähigkeiten und Eigenschaften der Candidaten—der Herren Boyle und Ent—näher zu beleuchten; nur soviel wollen wir sagen, daß Beide für die bestimmten Aemter vollkommen fähig, und unserer wärmsten Unterstützung würdig sind. Später Näheres.

Streit im Radikalen Lager.

In Lankaster City geriethen sich die Radikalen am letzten Samstag Abend, bei der Nomination von Delegaten zur radikalen Staats-Convention einander so derb in die „Wolle," daß die Polizei genöthigt war, einzuschreiten, und die Streitenden zu trennen! Saubere Burschen, diese Radikalen. Wie eine Heerde hungriger Hunde streiten sie sich um einen Knochen, den ihnen Thad. Stevens (wahrscheinlich bald) hinterlassen wird. Wir würden der demokratischen Polizei von Lankaster rathen, in Zukunft ihre Finger abzuhalten, und diese hungrige Sippschaft ihre Suppe selbst kochen zu lassen.

Die deutsche Sprache in den Schulen.

Im Staat Wisconsin, dessen Einwohner zur Hälfte aus Deutschen besteht, darf noch nicht einmal Deutsch in den öffentlichen Schulen gelehrt werden. Ein Antrag, die Deutsche Sprache darin zum Lehrgegenstand zu machen, fiiel im Staats Senat durch—und zwar war die republikanische Mehrheit dagegen. Wir entnehmen einer Correspondenz des Milwaukee Seeboten von Madison unter dem 13. Februar Folgendes:

„Nach dem jetzt bestehenden Gesetz darf der Unterricht in unsern Freischulen nur in englischer Sprache ertheilt werden. Diese gesetzliche Bestimmung macht es in manchen Theilen unseres Staates, wo fast lauter Deutsche wohnen, fast unmöglich überhaupt Schule zu halten. In den Städten, deren Bevölkerung zu großem Theile aus Deutschen besteht, ist es längst Bedürfniß gewesen den deutschen Unterricht in Freischulen einzuführen. Milwaukee hat längst deutschen Unterricht in seinen Schulen; ebenso Watertown und andere Städte — aber natürlich gegen die Vorschrift der bestehenden Gesetze. Um dieses gesetzliche Hinderniß aufzuheben, brachte Senator Reed von Manitowoc ein Gesetz ein, daß der Unterricht in fremden Sprachen neben dem in Englischer erlaubt sein soll. Sen. Reed schrieb einen sehr gediegenen Bericht zu Gunsten dieser Maßregel, und Senator Palmer von Milwaukee, vertheidigte dieselbe in einer längeren Rede, welche sich durch besondere Wärme und scharfe Logik auszeichnete. Sen. Van Wyke von Kenosha sprach dagegen, ebenso Lieutenannt Gouverneur Spooner. Ich war erstaunt, Herrn Van Wyke, der allgemein als sehr fähiger Mann bekannt ist, ein sehr hinkendes Argument gegen das Gesetz loslassen zu hören. Derselbe befürwortete namentlich, daß wir unsere Kinder von der Wiege an Englisch lehren sollten, damit der fremde Dialekt endlich verschwinde—der Herr Senator dachte wahrscheinlich gerade sehr stark an seinen eigenen Dilackt, den er vor einiger Zeit aus Holland importirte.

Die Idee, daß wir Deutsche nicht einmal das Recht haben sollen, in solchen Lokalitäten, wo lauter Deutsche wohnen, in den Freischulen deutschen Unterricht zu verlangen, kann nur aus dem Gehirn eines verstockten Puritaners und Nativisten kommen—und so zeigte es auch die Abstimmung.

Für das Gesetz stimmten die demakratische Senatoren und nur ein Republikaner. Eine Stimme Mehrheit entschied gegen den Antrag.

Die Correspondenz schließt mit folgenden Worten:

„Während Millionen jährlich verschwendet werden, um den Negern des Südens das A-B-C einzutrichtern, soll es uns Deutschen nicht erlanbt sein in unseren eigenen Schulen, für unser eigenes Geld unsere eigene Muttersprache zu lehren!

Es wurde uns heute von einem republikanischen Senator der Rath gegeben, unsere Kinder nach Deutschland zu senden, wenn sie deutsche Schulen besuchen wollten! Ist das nicht ein liberaler Vorschlag?

Was halten unsere Landsleute davon, welche für die Erziehung und das Stimmrecht der Neger im Süden schwärmen?"

Auszug aus den Verhandlungen der demokratischen Staats-Convention.

Am Mittwoch den 4ten März versammelte sich die demokratische Staats-Convention von Pennsylvanien in Harrisburg. Aus allen Theilen des Staates waren Delegaten anwesend. Um 12 Uhr rief Hon. Wm. A. Wallace, Vorsitzender der demokratischen Staats-Central-Committee, die Convention zur Ordnung. Eine ungeheure Masse von Zuhörern war herbeigeströmt und nur mit Mühe konnten die Delegaten Sitze erhalten. Die Liste der Delegaten wurde verlesen. Mehrere der Delegaten aus dem westlichen und nördlichen Theile des Staates kamen erst später an, da die Bahnzüge durch den Schnee aufgehalten wurden. Als Beamten der Convention wurden ernannt:

Präsident:
Wm. Hopkins von Washington.

Vice-Präsidenten:
James Brooks, James Sheakley, G. A. Quigley, Thomas A. McDevitt, Joseph Caldwell, Brice M. Burcell, Dr. J. L. Forswood, Dr. C. F. Schultz, D. K. Weidner, Isaac Bechtel, C. F. Eldred, Andreas Geiselmann, R. R. Bridgens, Henry C. Eyer, Wm. T. Forsyth, Col. J. McCreary, A. M. Frantz, G. Wormley, David Werry, Hon. Hiram Findley, J. B. Hackle, Jacob Quilman, Geo. Jackson, Joseph M. Thompson, Wm. L. Corbit, B. McCaully, Benj. P. Kane, John Mackin, D. M. Donehoo und Samuel Marschall.

Sekretäre:
John Huplett, W. Stenger, Jacob Ziegler, W. J. Jackson, A. J. Crißman, Wm. Mutchler, Wm. Beslim, Frank M. Hutchinson.

Sergeant-at-Arms: Samuel Carson.

Thürhüter: Follyard E. Degan.

Senator Hopkins hielt dann eine kurze Ansprache an die Convention, wonach auf Vorschlag von Mr. Butler folgendes Committe von 33 erwählt wurde, um eine Platform abzufassen:

1. Distrikt, Luke Keegan.
2. „ John Campbell.
3. „ Lewis C. Cassidy.
4. „ John K. Chadwick.
5. „ R F Longaker, J Hodgson.
6. „ R. R. Slack.
7. „ Nelson Weiser.
8. „ Acht. S. E. Ancona.
9. „ Peter F. Collins.
10. „ D. A. Wills.
12. „ William Herr.
13. „ M. C. Elliott.
14. „ John Gamble.
15. „ Charles Connor.
16. „ D. W. Seiler,
17. „ H G Smith, G Nauman.
18. „ Perry L. Wicker.
19. „ William S. Stenger.
20. „ Georg A. Smith.
21. „ J H Orvis, T M Attley.
23. „ Joseph M. Thomson.
24. „ Myer Herman Cretis.
25. „ Achtb. John L. Dawson.
26. „ R. H. Kerr, W. D. Moore.
27. „ C. P. Coons.
28. „ J. W. Rohrer.
29. „ Heinrich H. Foster.
30. „ Gaylord Church.

Nominirt wurden dann für Auditor General: General W. W. H. Davis von Bucks, Jacob Ziegler von Butler, Charles C. Boyle von Fayette, A. D. Markley von Montgomery, Daniel Harding von Luzerne, General James Knipe von Dauphin, Daniel H. Neiman von Northampton, General J. B. Schweitzer von Allegheny, General W. H. Ent von Columbia.

General Schweitzer und Gen. Ent lehnten ab.

Für Surveyor General: Colonel John P. Linton von Cambria, Peter F. Collins von Schuylkill, Jacob Creßwell von Allegheny, Abram Lamberton von Cumberland, David Karsladen von Clinton, John Craig von Lawrence, John M. Cooper von Franklin.

Für Präsident. Electoren at Large: George W. Caß von Pittsburg, William V. McGrath von Philadelphia.

Dieselben wurden einstimmig für gewählt erklärt.

Für Delegaten at Large: Hon. Isaac Hiester von Lancaster, Hon. Asa Packer von Philadelphia, Hon Samuel J. Randall von Philadelphia, Hon. Geo. W. Woodward von Luzerne, Hon. William Bigler von Clearfield, Hon. John C. Latta und Hon. James P. Barr von Allegheny, Hon. W. F. Packer von Lycoming, Hon. Gahlord Church von Crawford, Hon. John S. McCalmon, von Venango, Hon. Jeremiah S. Black von York.

Die Namen von Ex-Governör Packer, Judge Church und Judge Black wurden zurückgezogen.

Abend-Sitzung.

Nachdem die Sitzung um 7 Uhr wieder eröffnet war, wurden nominirt für

Electoren.
(Nach Distrikten.)

1. C. E. Kamerly, MD., 2. Chas. M. Lesenz, 3. Chas. Buckwalter, 4. Geo. R. Berritt, 5. H. R. Coggshall, 6. Reuben Stabler, 7. R. E. Monaghan, 8. David L. Wenderick, 9. B. McGrau, 10. William Shirk, 11. A. G. Broadhead, 12. John Blandig, 13. Jesse C. Ammerman, 14. Wm. P. Whitington, 15. W. R. Gorgas, 16 William P. Shell, 17. Cyrus L. Pershing, 18. A. C. Noyes, 28. Wm. A. Galbraith, 20. John R. Packard, 21. Has. C. Clark, 22. James H. Hopkins, 23. Edward S. Golden, 24 Samuel P. Wilson, 25. Vakant.

Erwählt wurden dann als

Delegaten.

1 Lewis C. Cassidy, William Mc Mullen, 2. Gen. Wm. Reilly, Col. Wm. C. Patterson, 3. Henry R. Linderman, John C. Faunce, 4 Jeremiah McKibbin, 5. Charles McKiuley, H. H. Noß, 6. Hon. B. M. Boyer, Hon. John D. Stiles, 7. John H. Brinton, Jackson Lyons, 8. Hon. Hiester Clymer, Gen. Jeremiah Hagemann, 9. Wm. Patton, A. J. Steinman, 10 Faneis W. Highes, David S. Hammond, 11. C. W. Hamlin, Henry S. Mott, 12. Jasper B: Stark, Ralph P. Little, 13. Michael Meylert, David Löwenberg, 14. David M. Crawford, M. D., Gen. Wm. H. Miller, 15. John A. Magee, John Gibson, 16. George W. Brewer, John R. Donahue, 17. General James Burns, Gwen Clark, 11. George A. Ausfhedbach, Col. William Brindle, 19. Bryon D. Hamlin, William L. Scott, 20. William L. Corbett, Hon. Gaylord Church, 21. Han. J. L. Dawson, James B. Sansom, 24. John A. Strain, Kames B. Guthrie, 23. R. H. Kerr, John T. Baid, 24. A. A. Aperman, David S. Moris, 25. Vakant.

Die Convention vertagte sich dann bis 9 Uhr, worauf die folgende

Rede von Mr. Deise (Clinton) gehalten wurde. Er sagte, dies sei keine Zeit zum Sprechen, sondern zum Handeln. Seit 6 Jahren zum ersten Male kämen sie als Vertreter der siegreichen Partei zusammen. Sie kämen, um zu erklären, daß kein amerikanischer Bürger seiner constitutionellen Freiheit beraubt werden könne, so lange demokratisches Blut und demokratisches Wissen die Nation regierten; zu erklären, daß keine Machtusurpation durch einen fragmentarischen Congreß die Sanction der freien Bevölkerung des Nordens und der Demokratie erhalten könne; sie wollten die Geschäfte heben und in bestimmtester Weise erklären, daß jede Bestimmung des Bundes jedem Bürger, im Norden wie im Süden, garantirt werden soll.

„Die Pflicht der demokratischen Partei liegt auf der Hand—geht von der Convention hin und erzählt den Farmern, daß ihre Farms verhypothezirt sind, um eine Schuld zu bezahlen, welche dem freien Volke das Leben aussaugt. Sagt dem Arbeiter, daß ihm sein letzter Dollar genommen wird, um die Macht in den Händen des Rumpf-Congresses zu perpetuiren, wodurch schließlich die Zerreißung der Bundesregierung des Volkes und der Sturz der Bundes-Union bewirkt werden wird. Sagt Diesen und Allen im Lande, daß, wenn nicht einem durch despotische Macht regierten Volke, Recht und Gerechtigkeit widerfährt, ihre Bonds, ihr Eigenthum und ihr Leben bedroht sind. Die Depeschen heroischer Gouverneurs setzen patriotische Männer nicht in Schrecken. Die demokratische Partei glaubt nicht, daß Stonewall Jackson's letzte Worte waren „Hütet euch vor Geary?" Wenn die Entscheidung kommt und die Demokratie die Leitung der Nationalregierung wieder übernimmt, wird über dem ganzen Lande eine Flaggemit 37 Sternen wehen und auf ihren Falten wird das demokratische Motto stehen „die Union der Staaten; die Supremacie der Constitution und Gerechtigkeit für jeden Bürger."

General McCandleß

sagte, daß um Schlachten zu gewinnen und Campagnen mit Erfolg zu Ende zu führen, Organisation das erste Princip für Erfolg in der Convention sei. Die demokratsche Partei habe ihre Plänklerlinien formirt, die Pläne seien vereinbart und die Colonnen gebildet; und jetzt solle die demokratische Partei gegen den Feind vordringen. An vielen Punkten werden wir sie durchbrechen und schnellen Erfolg sichern. In der Armee habe er gelernt, daß, so lange eine Armee auf der Defensive bleibe, es nur eine Zeitfrage sei, wie lange sie sich schlagen lassen will.

Folgende Beschlüsse wurden dann einstimmig angenommen:

Die Beschlüsse:

Beschlossen, Daß das Wohl des Volkes und die Erhaltung unserer Macht als eine Republik von der steten Fortdauer der Union und Constitution abhängt und daß die sofortige Wiedereinführung jedes Staates zu seiner rechtlichen Stellung in der Union nothwendig ist für unsern Fortschritt, unser Wohl und den Schutz unserer Freiheiten; die radikale Gesetzgebung ist dem im Wege.

Beschlossen, daß die Ver. St. Constitution das höchste, Gesetz ist, sie lenkt das Volk und jedes Department der Regierung unt es ist die höchste Pflicht vom Volk und von Beamten allen ihren Bestimmungen unbedingt zu gehorchen, bis sie in der gesetzlichen darin vorgeschriebenen Weise geändert sind. Daß die neusten Angriffe des Congresses die Executive zu usurpiren und die Unabhängigkeit der Richter zu zerstören, absichtliche Angriffe auf die einfachsten Bestimmungen der Constitution sind, eine Verletzung ihres Geistes und zum Sturz der Verfassungsform selbst führend.

Beschlossen, daß die Radikalen im Congreß vom Volk enorme Geldsummen erpreßt haben, die sie unsinniger Verschleuderung vergeudeten, daß ihr Steuersystem unvereinbar ist und ungerecht. Daß strengste Sparsamkeit in jedem Regierungszweig, eine Verminderung der Beamten, eine Reduktion der Armee und Flotte u. eine Reform in der Steuererhebung gebieterisch verlangt werden. Nur dadurch kann eine Verminderung der Steuern, die jetzt auf der Industrie liegen, erreicht und die Zahlnng unserer Schulden gesichert werden.

Beschlossen, Daß die republikanische Partei dem Lande verantwortlich ist für die Verzögerung der Wiedereinführung der südlichen Staaten in die Union und für die Militärherrschaft daselbst, und daß der Zweck dieser Maßregeln darin besteht, die radikale Gewalt durch die Stimmen unwissender Neger zu verewigen.

Beschlossen, daß hinsichtlich der Erlassung des Amtsdauer Gesetze die Ligislative und Executive, jede für sich das Recht hatten, über die Constitutionalität zu entscheiden, und daß der Präsident, indem er dies that, nur den Theil seines Amtseides erfüllte, welcher verlangt, daß er die Constitution der Ver. Staaten erhalten, schützen und vertheidigen soll; und daß es das Recht eines jeden Zweiges der Regierung und eines jeden Bürgers ist, Fragen über die Constitutionalität eines Gesetzes schleunigst durch die V. St. Supreme Court entscheiden zu lassen; und daß es das Recht des Volkes ist, diese Entscheidung erzwungen zu sehen.

Beschlossen, daß das schwebende Impeachment des Präsidenten der V. St. ein grober und frecher Mißbrauch von Parteigewalt ist, ohne zu rechtfertigenden Grund und lediglich um unter Verletzung der heiligsten Interessen des Landes Parteizwecke durchzuführen.

Beschlossen, daß die schleunigste Rückkehr zur Baarzahlung für die Interessen des Landes und die Wohlfahrt des Volkes nothwendig ist.

Beschlossen, daß die Nationalschuld so schnell bezahlt werden sollte als mit den Gesetzen verträglich ist, unter denen die verschiedenen Anleihen abgeschlossen würden.

Beschlossen, Daß die 5–20er Bonds und Legal Tenders gleiche Theile desselben Finanzsystems sind, und daß, so lange die Regierung nicht im Stande ist die Legal Tenders in Gold auszulösen, die Inhaber dieser Bonds gehalten sein sollten, Legal Tenders als Zahlung anzunehmen.

Beschlossen, Daß jede Art von Eigenthum ihren Theil der Steuerlast tragen sollte und daß die Befreiung der Regierungsbondes von Taxen ungerecht und undillig ist.

Beschlossen, daß wir mit tiefster Dankbarkeit die Dienste der tapferen Voluntärcorps anerkennen, die so bereitwillig die Waffen ergriffen, um die Flagge zu vertheidigen u. die Union zu erhalten, und wir erklären es für eine ungerechtigkeit gegen sie die Versuche der Radikalen eine Restauration der Union zu verhindern bis in gewissen Staaten Negersupermatie etablirt ist und Gleichberechtigung der Neger in allen zur Regel wurde.

Beschlossen: daß fremdgeborene Bürger durch Naturalisirung dieselben Rechte erlangen wie im Lande geborene, und daß es die Pflicht der Regierung ist, danach zu sehen, daß alle Bürger, naturalisirte wie im Lande geborene, in ihrem Recht auf Leben, Freiheit u. Eigenthum sowohl im Auslande wie im Inlande geschützt werden, und daß nach der Ansicht der Demokratie die Nationalflagge alle unsere Bürger schützen sollte und muß."

Jetzt wurde zur Nomination der verschiedenen Candidaten geschritten.

Die erste Abstimmung für Auditor General resultirte:

Davis	32	Neiman	5
Markley	42	Ziegler	8
Boyle	31	R. H. Carr	1
Knipe	6		
Total			125

Die zweite:

Davis	28	Knipe	2
Markley	51	Neiman	6
Boyle	42		
Total			129

Die Namen von Gen. Davis, Gen. Knipe und Mr. Neiman wurden zurückgezogen und bei dem dritten Ballot erhielt:

Markley 61 Stimmen; Boyle 68 Stimmen.

Die Wahl von Mr. Boyle wurde dann unter großem Applaus für einstimmig erklärt. Der Gewählte ist ein noch junger Mann und ein prominentes Mitglied des Advokatenstandes in Fayette.

Bei dem ersten Ballot für Surveyor General erhielten:

Cooper	36	Ent	12
Creßwell	5	Karsokaden	35
Collins	40		
Total			128

Bei dem zweiten Ballot trat Mr. Collins zu Gunsten von Gen. Ent zurück und das Resultat war:

Gen. Ent	71	Karskaden	18
Cooper	37		
Total			126

Die Nomination von Gen. Wellington H. Ent wurde unter großen Enthusiasmus für einstimmig erklärt.

Das Resultat der Wahl von Delegaten „at large" war:

Hon. W. Woodward	106
„ Asa Packer	86
„ Wm. Bigler	91
„ Wm. A. Deister	73
„ Saml. J. Randall	57
„ Jas. P. Barr	33
„ John Latta	38
„ T. J. McCamani	21

Die Wahl von Judge Woodward, Gov. Bigler, Präsid. Packer und Ex Sekretär Heister wurde einstimmig gebilligt. Die Delegation wurde instruirt wie ein Mann zu stimmen.

Hon. Wm. A. Wallace wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Staats Central Comm. wieder erwählt.

Ein von den Delegaten der Convention zu berichtendes Kommittee von 33 soll das Executiv Comm. bilden, der Vorsitzender dieses Comm. soll für jeden Distrikt einen Special Deputy ernennen dürfen.

Nachdem dann Dankbeschlüsse an das Repräsentantenhaus, an den Vorsitzenden und die Sekretäre passirt waren, fiel der Hammer des Sprechers und die Convention vertagte sich. Im Moment der Vertagung kamen die Delegaten an, welche durch den Schnee 24 Stunden aufgehalten waren.

Der Impeachment-Schwindel.

Washington, 5. März.

Senat.

Rep. Dr. Gray eröffnet die Sitzung mit Gebet für die schweren und bedeutsamen Pflichten, welche dem Senat bevorstehen.

Passirt wurde eine Bill, welche ein Committe zur Auswahl passender Plätze für Pulvermagazine ernennt und den Marinesekretär autorisirt, 3 verantwortliche Offiziere als solches Committe zu designiren.

Es wurde dann Mr. Anthony's Resolution, betreffs der Ausgabe von Tickets für die Zuschauer-Gallerieen während der Impeachments Verhandlungen, in Berathung genommen.

Mr. Sherman beantragte ein Amendment, wonach ein Theil der Gallerieen für den allgemeinen Zutritt reservirt bleiben sollen, wogegen namentlich Mr. Conkling sprach.

Mr. Anthony begann dann für seine Resolution zu argumentiren, wurde aber durch die Anzeige unterbrochen, daß der Chief Justice u. Begleitung an der Thür seien.

Präsident pro tempt. — „Da die Morgenstunde abgelaufen ist, so wird hiermit verordnet, daß alle Legislativ und Executiv Geschäfte aufzuhören haben, um diejenigen Geschäfte vornehmen zu kännen, welche mit dem Impeachment des Präsidenten der Ver. Staaten in Verbindung stehen. Der Vorsitz ist zu diesem Zwecke aufgegeben."

Chief Justice Chase in seiner offiziellen Kleidung schritt dann den Gang hinauf, zur Linken Senator Pomeroy und zur Rechten Richter Nelson von der Supreme Caurt, hinter ihnen Messers. Buckalew und Wilson, sowie Mitglieder des Repräsentantenhauses, welche sich hinter den Sitzen der Senatoren aufstellten.

Chief Justice Chase sagte dann, nachdem er auf dem Präsidentenstuhle Platz genommen hatte, mit lauter und feierlicher Stimme: „Senatoren, gehorsam der an mich ergangenen Aufforderung bin ich hier, um gemeinsam mit Ihnen eine Impeachment Court zu bilden für die Prozessirung von Andrew Johnson, Präsident der Ver. Staaten, und ich bin jetzt bereit den Eid zu leisten."

Richter Nelson nahm dem Chief Justice dann folgenden Eid ab:

„Ich schwöre feierlich, daß ich in Allem was auf das Impeachment von Andrew Johnson, Präsident der Ver. St., Bezug hat unpartheiisch Recht sprechen will, nach der Constitution und den Gesetzen. So wahr mir Gott helfe!"

Chief Justice Chase sagte darauf:—„Senatoren, es wird Ihnen jetzt der Eid abgenommen werden in der Reihenfolge, wie der Sekretär Ihre Namen aufruft."

Der Sekretär verlas dann den Namensaufruf und jeder der Senatoren leistete dem Rufe nach den oben angegebenen Eid. Nicht zugegen waren Messrs. Doolittle (Wisc) Patterson (N.J.), Saulsbury (Del.), u. Edmunds (Vt.)

Als der Name von Senator Wade aufgerufen wurde erhob sich Mr. Hendricks und fragte den Vorsitzenden, ob der Senator von Ohio in der vorliegenden Sache als Richter sitzen dürfe, da er derjenige sei, welcher eventuell in das Amt des Präsidenten eintreten würde.

Mr. Sherman argumentirte, daß die Constitution selbst diese Frage entscheide. Sie bestimme, daß der Vorsitzende des Senates nicht bei einer Anklage gegen den Ver. St. Präsidenten den Vorsitz führen solle; da sie aber Nichts über sein Recht sage ein Mitglied der Court zu sein, so folge hieraus, daß er dieses Recht habe.

Mr. Johnson (Md.) verglich diesen Fall mit einem amtlichen Gerichtsverfahren und erinnerte den Senat, daß Niemand in einem Prozesse zu Gericht sitzen dürfe, in welchem er ein direktes Interesse habe. Er fragte, ob es Recht sei, einen Senator einer so großen Versuchung auszusetzen, wo er die gauze Executivgewalt der Union und ein Jahresgehalt von $25,000 erhalten könne! Er schlug deshalb vor, daß um der Unparteilichkeit willen, ein solcher Präcedenzfall nicht gestattet würde. Was sei der Grund dafür, daß der Chief Justice jetzt den Vorsitz führe! Weil die Väter der Republik der Ansicht gewesen seien, daß derjenige, welchem daraus Vortheile erwüchse, nicht einem Processe präsidiren könnte, in welchem er nur bei Stimmengleichheit seine Stemme abgeben dürfte. Er wisse nicht, ob die Frage sofort entscheiden werden sollte; es sei eine ernste, eine wichtige Frage und würde als solche vom Lande angesehen werden. Er schlage daher vor, ob es nicht angemessen sei, die Entscheidung auf morgen zu verschieben, damit man noch die Präcedenzfälle im Hause der Lords in England in Erwägung ziehen könne. Er beantrage daher, daß die Frage auf Morgen verschoben werde.

Mr. Davis, Kt., erklärte, daß die Frage nach dem Prinzip entschieden werden müsse, und daß das Prinzip durch die Constitution vorgeschrieben sei. Nach seiner Ansicht dürfe sich der Mann, welcher im Falle der Absetzung des Präsidenten diesem im Amte folgen würde, nicht an den Verhandlungen etwa betheiligen. Wenn auch der Fall des Mr. Wade nicht buchstäblich von der Constitution vorgesehen sei, so entspreche doch das Prinzip und der Sinn derselben deutlich seinen (des Redners) Ansichten.

Mr. Morrill, Me., erklärte, es sei nicht die Sache eines einzelnen Senators, gegen einen Collegen Einspruch zu erheben. Erst wenn der Angeklagte dies thäte, dann könne Einspruch erhoben werden. Nach seiner Ansicht müßten alle Senatoren vereidigt werden.

Mr. Hendricks, Ind., argumentirte, daß es die Sache der Court sei, zu entscheiden, ob ein Mitglied welches einen Sitz in der Court beanspruche, zu demselben berechtigt sei. Der Vorschlag des Mr. Howard, daß Senator Wade aufhören müsse, Präsident des Senats zu sein, sei keine Antwort auf die Einsprache. Wenn er aufhören werde, der vorsitzende Beamte des Senats zu sein, dann könnte er eingeschworen werden, aber jetzt sei er incompetent.

In dem Falle des Senators Stockton von New Jersey sei diese Frage dahin entschieden worden, daß ein Senator, welcher an dem Resulat einer Abstimmung ein Interesse habe, nicht stimmen dürfte. Dieselbe Regel gelte auch im Senat. Hier handle es sich aber um Höheres. Der Vice Präsident darf der Constitution nicht bei einem Impeachment Prozeß den Vorsitz führen. Nach seiner Meinung dürfe nach der Constitution Niemand behülflich sein, den Präsidenten abzusetzen, der später selbst dieses Amt bekleiden würde. Er unterstütze deshalb den Antrag des Mr. Johnson, von Md.

Mr. Fessenden beantragte, daß die Vereidigung des Senatoren unterbleibe.

Hiergegen erhob Mr. Conneß (Cal.) Einsprache und verlangte, doß die Sache sofort entschieden würde.

Mr. Howard (Mich.) erklärte, daß nach seiner Ansicht Mr. Wade daß Recht habe in dem Prozesse als Richter zu fungiren. Die bereits eingeschworenen Mitglieder der Court hätten nicht das Recht, den Senator von Ohio auszuschließen. Er schlage daher vor, daß der Antrag für den Augenblick zurückgezogen würde.

Mr. Morton, Ind., versicherte, daß Niemand das Recht habe, Einspruch zu erheben. Mr. Wade sei ein Mitglied des Senats und der Senat habe in dem Prozesse zu Gericht zu sitzen.

Mr. Johnson, Md., führte die Angemessenheit seines Antrages aus, daß die Frage bis morgen verschoben würde. Der Senat fungire hier nicht als Senat, sondern als Court und diese könne nicht anders organisirt werden, als nach den Bestimmungen der Constitution.

Zum Schluß beantragte der Redner, daß die Regeln suspendirt und die anderen Mitglieder vereidigt wüeden.

Mr. Sherman, Ohio, sprach sich für das Recht des Mr. Wade, vereidigt zu werden, aus.

Mr. Bayard, Del., erklärte, daß Mr. Wade nicht das Recht habe, den Eid zu leisten und in dem Prozeß zu Gericht zu sitzen.

Mr. Sumner führte an, daß dieser Fall nicht in der Constitution vorgesehen sei. Es sei die Ansicht der Entwerfer der Constitution gewesen, daß der Präsident während seines Prozesses suspendirt würde und daß deshalb der Vize Präsident an seiner Stelle die executive Gewalt ausübe und nicht im Senat während des Prozesses anwesend sein könne.

Er glaube nicht, daß Mr. Wade sich bei dem Prozesse von selbstsüchtigen Interessen leiten lassen würde, wo das allgemeine Wohl auf dem Spiel stehe, sei aber der Ansicht, daß der Senat nach den Ansichten der bemokratischen Mitglieder vorgehen könne.

Mr. Howe, Wisc., entgegnete, in der Constitution sei vorgesehen, daß der Senat aus je 2 Mitgliedern aus jedem Staate bestehe, nnd da Ohio ein Staat sei, so müßte auch bei dem vorliegenden Prozeß jener Staat dnrch 2 Senatoren vertreten werden, folglich habe Mr. Wade das Recht, in dem Prozeß als Richter zu fungiren.

Wenn überhaupt gegen die aktive Betheiligung des Mr. Wade bei den Verhandlungen Einsprache erhoden werden könne, so dürfe nur der Angeklagte dies thun.

Mr. Drake, Mo., sprach für die Zulassung des Mr. Wade als Richter bei dem Prozesse.

Mr. Thayer, Nebraska, erklärte, daß wenn Mr. Wade nicht eingeschworen werden dürfe, so könne dies auch mit Senator Patterson von Tennessee, dem Schwiegersohn des Präsidenten, nicht geschehen.

Mr. Howard fragte, ob nicht die andern Senatoren eingeschworen werden könnten, worauf Chief Justice Chase bejahend antwortete.

Mr. Buckalew verlangte, daß der streitige Punkt sofort entschieden würde. Man erhebe gegen die Geschworenen stets Einspruch, ehe dieselben vereidigt würden.

Repräsentantenhaus.

Als das Haus zusammentrat, waren nicht mehr als zwei Dutzend Mitglieder in ihren Sitzen und nur wenige Zuschauer waren auf den Gallerien zu bemerken, da jetzt die Verhandlungen im Senat das allgemeine Interesse allein in Anspruch nehmen. Viele Mitglieder hatten Urlaub genommen, theils um nach Hause zu reisen, theils um sich an der politischen Compagne in Maine, New Hampshire und andern Staaten zu betheiligen, da sie glauben, daß das Haus während des Impeachment Processes wichtige Geschäfte nicht erledigen wird.

Mr. Eggleston (Ohio) überreichte Resolutionen der deutschen Bürger von Cincinnati betreffs der Behandlung von Einwanderer auf Schiffen. An das Committee für Handel.

Das Haus zog dann den Beschluß in Berathung, ob dem Mr. R. R. Butler, der als Repräsentant von Tennessee erwählt ist, der „Test-Eid" erlassen werden soll.

Während der Debatte begaben sich die Impeachment-Managers nach der Halle des Senats und die Erörterungen in Betreff des Mr. Butler wurden vor einem sehr düunen Hause fortgeführt.

Mr. Poland von Vermont trug darauf an, daß nach dem Schluß der Sitzung das Haus sich bis zum nächsten Montag vertage.

Mr. Farnsworth befürwortete, daß das Haus während des Impeachment-Prozesses keine Geschäfte erledige, da es widersinnig sei, einem Präsidenten, der angeklagt ist, Bills zur Unterzeichnung zuzusenden.

Mr. Myers von Pa. schlug vor, die Steuern auf alle Fabrikate auf 60 Tage aufzuheben, bis zu welcher Zeit die vom Committee in Bezug auf Erleichterung von jenen Taxen vorbereitete Bill passirt werden könne. Ueber alle die obigen Anträge kam es nicht zur Abstimmung.

Mr. Garfield von Ohio brachte eine Bill ein, welche Erastus B. Walcott von Wisconsin, John H. Martindale von New York und Hugh L. Bond von Maryland zu Verwaltern des National Asyls für invalide Soldaten ernennt. Angenommen.

Washington, 6. März.

Organisirung der Impeachment Court.

Präsident Johnson auf Freitag, 13ten März, vorgeladen.

Senat.

Mehrere geschriebene Botschaften des Präsidenten wurden vorgelegt und an die betreffenden Committees verwiesen.

Das Handels-Committee wurde der weiteren Erwägung der Bill für Ueberbrückung des Potomac enthoben und dieselbe ward an das Committee für den Distrikt Columbia verwiesen.

Mr. Wilson rief die Bill zur Erleichterung der Begleichung von Zahlmeister Abrechnungen auf. Während der Discussion lief die Morgenstunde ab und der Vorsitzende zeigte an, daß die Zeit für Fortsetzung des Impeachment-Verfahrens gekommen sei und er den Vorsitz abtrete. Chief Justice Chase wurde dann von Senator Pomeroy zu dem Präsidentensitz geführt.

Nachdem der Sekretär das Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen hatte, zeigte Mr. Chase an, daß der Antrag, die Vereidigung von Mr. Wade zu verschieben bis die übrigen Senatoren vereidigt wären, zur Debatte stehe; das Wort habe Mr. Dixon (Conn).

Mr. Dixon.—„Herr Präsident—"

Mr. Howard.—„Herr Präsident, ich erhebe eine Ordnungsfrage."

Mr. Howard erklärte dann, daß nach den vom Senat angenommenen Regeln der Chief Justice alle Senatoren vereidigen müsse ehe die Court organisirt werde, und deßhalb fordere er den Chief Justice auf, die Frage sogleich zu entscheiden.

Mr. Dixon erhob sich dann, aber Mr. Drake rief ihn zur Orduung und bestand darauf, daß über Ordnungsfragen nach den Regeln des Senates keine Debatte statthaft sei.

Chief Justice Chase: — „Der Senator von Connecticut ist zur Ordnung gerufen. Der Senator von Michigan, Mr. Howard, hat eine Ordnungsfrage erhoben; während der Vorbereitung für Organisirung des Senates zu den Impeachment Verhandlungen halte ich die allgemeinen Regeln des Senates für bindend; ich halte mich deshalb für gezwungen, die Ordnungsfrage dem Senat vorzulegen. Ich ersuche den Senator von Michigan seine Ordnungsfrage schriftlich einzureichen."

Mr. Dixon:—„Herr Präsident, ich stelle eine Ordnungsfrage."

Chief Justice Chase:—„Es schwebt bereits eine solche, über die vorher entschieden werden muß."

Mr. Dixon:—„Ich wünsche zu wissen, ob nicht in Bezug hierauf eine Ordnungsfrage erhoben werden kann?"

Chief Justice Chase:—„Der Vorsitzende entscheidet, daß keine Ordnungsfrage gestellt werden kann, während eine andere noch unentschieden ist."

Mr. Howard setzte seine Ordnungsfrage schriftlich auf und schickte sie dem Chief Justice Chase:—„Senatoren, der Senator von Michigan hat folgende Ordnungsfrage erhoben, „daß die Einwände gegen Vereidigung von Mr. Wade außer Ordnung sind; ebenso ist der Antrag des Senators von Maryland außer Ordnung, daß die Vereidigung von Mr. Wade verschoben werden soll bis alle Senatoren vereidigt sind, nach den Regeln, welche der Senat am 2. März annahm und nach der Ver. St. Constitution." Die Ordnungsfrage ist zur Debatte offen."

Mr. Dixon erhob sich dann, um zu sprechen, aber Mr. Drake rief ihn abermals zur Ordnung und bestand darauf, daß nach den Regeln des Senates Ordnungsfragen nicht debattirbar wären.

Chief Justice Chase:—„Der Vorsitzende entscheidet, daß dem Senat vorgelegte Ordnungsfragen zur Debakte offen stehen; der Senator von Missouri ist außer Ordnung, es sei denn daß er gegen die Entscheidung des Vorsitzenden Berufung einlegen will."

Mr. Dixon sprach dann gegen die Vereidigung von Mr. Wade und führte an, derselbe könne deswegen nicht als Richter in der Impeachment-Verhandlung fungiren, weil er eventuell der Nachfolger des Präsidenten sein würde. Die jetzt dem Tribunal vorliegende Frage sei, ob Jemand bei einem Prozesse als Richter fungiren könne, der im Falle der Verurtheilung des Angeklagten dessen Amt etc. übernehmen würde. (Von Mr. Sherman zur Ordnung gerufen und der Ordnungsruf von Chief Justice aufrecht erhalten.) Mr. Dixon fuhr dann fort und erklärte, daß er beabsichtigte die Frage unter den Bestimmungen der V. St. Constitution und den Regeln für die Debatte zu discutiren.

Mr. Drake rief den Redner abermals zur Ordnung, der Chief Justice entschied aber, daß die Court noch nicht organisirt sei und die vom Senat beschlossenen Ordnungsregeln daher keine Geltung hätten. Auf Appellation Mr. Drake's hingegen wurde die Entscheidung des Chief Justice mit 24 gegen 20 Stimmen aufrecht erhalteu. Es stimmten mit

Ja:—Messrs. Anthony, Buckalew, Corbett, Davis, Dixon, Fessenden, Fowler, Frelinghuysen, Grimes, Henderson, Hendriks, Johnson, McCreery, Morrill (Me.), Norton, Patterson, (Tenn.) Pomeroy, Roß, Saulsbury, Sherman, Sprague, Van Winkle, Willey und Williams—24.

Nein:—Messrs. Cameron, Cattell, Chandler, Cole, Conkling, Conneß, Drake, Ferry, Harlau, Howard, Morgan, Morrill (Vt.), Morton, Nye, Stewart, Sumner, Thayer, Tipton, Wilson und Ygtes—20.

Mr. Dixon setzte dann, von fortwährenden Ordnungsrufen, unterbrochen, seine Rede fort Chief Justiee Chase entschied jedesmal gegen den Ordnungsruf. Mr. Dixon schloß mit folgenden Worten:

„Sollte der Senat entscheiden, daß der Senator für Ohio, welcher von der Absetzung des Präsidenten Vortheil ziehen wird, als Richter an dem Verfahren theilnehmen kann, so wird die öffentliche Meinung jedenfalls einige Zweifel über die Unparteilichkeit des Verfahrens hegen. Wenn die Geschichte die Thatsache zu verzeichnen haben sollte, so würde die Sympathie der civilisirten Welt sicher für den abgesetzten Präsidenten sein."

Mr. Hendricks zog darauf seinen Einwand zurück; wonach Mr. Wade und die noch nicht vereidigten Senatoren den Eid einzeln leisteten.

Chief Justice Chase erhob sich dann und sagte: „Da alle Senatoren den von der Constitution vorgeschriebenen Eid leisteten, so ist die Court jetzt organisirt, um mit dem Impeachment von Andrew Johnson vorzugehen. Der Sergeant at Arms wird die Proklamation verlesen."

Sergeant Arms: — „Hört! hört! hört! Jedem ist bei Strafe sofortiger Verhaftung Schweigen auferlegt, während der V. St. Senat über die gegen Andrew Johnson, Präsidenten der V. St., vorgebrachten Impeachment Artikel zu Gericht sitzt!

Mr. Howard beantragte, daß dem Repräsentantenhause von der Organisirung Anzeige gemacht werde.

Chief Justice Chase:—„Ehe ich diese Frage vorlege will ich dem Senat die Regeln für das Impeachment Verfahren vorlegen. Nach meiner Ansicht ist der Senat jetzt als eine von dem Senat in seiner legislativen Eigenschaft vollständig verschiedenen Körperschaft organisirt.— Die vom Senat als Legislativ Behörde angenommenen Regeln haben daher keine Gültigkeit für denselben als Impeachment Court, und ich lege dem Senat die Frage vor, ob dio am 2ten März angenommenen Regeln für das Impeachment Verfahren Geltung haben sollen?

Der Chief Justice stellte dann die Frage und erklärte, da nur ein einziges Nein! erfolgte, die Regeln für bindend, der Antrag von Mr. Howard wurde dann angenommen.

Nach einigen Minuten, um 2 U. 45, M., erschienen die Impeachment-Managers Arm in Arm, Messrs. Bingham und Butler an der Spitze, und nahm die für dasselbe reservirten Sitze ein. Thad. Stevens war nicht zugegen.

Nachdem die Ordnung wieder hergestellt war, erhob sich Mr. Bingham und sagte mit so leiser Stimme, daß neben ihm sitzende Senatoren ihn ermahnten lauter zu sprechen:

„Wir sind vom Repräsentantenhause als dessen Vertreter beauftragt zu verlangen, daß der Senat gegen Andrew Johnson, Präsidenten der Ver. St., vorgehe, damit er sich vor dem Tribunal des Senats verantworte gegen die Impeachment-Artikel, welche das Repräsentantenhaus durch seine Vertreter dem Senate eingereichte."

Auf Antrag von Mr. Howard wurde dann folgende Ordor angenommen:

„Verordnet, daß gemäß den Regeln des Senates, welche gelten wenn derselbe zur Untersuchung voa Impeachments in Sitzung ist, eine Verladung auf den 13. März um 1 Uhr Nachmittags an Andrew Johnson erlassen werde.

Nach einiger weiteren Debatte wurde dann der Antrag auf Vertagung angenommen, der Chief Justice erklärte die Court bis Freitag 13 März um 1 Uhr Nachmittags vertagt und raumte den Vorsitz.

Senator Wade übernahm dann wieder den Vorsitz und Mr. Anthony's Antrag, betreffs Zulassung auf den Galerien, wurde an das Impeachment-Committee verwiesen.

Mr. Wilson's Bill für Genehmigung der Abrechnungen von Zahlmeistern wurde passirt.

Haus.

Eine von Mr. Eliot (Mass.) beantragte Bill, Contrakte für den auswärtigen Postdienst zu autorisiren und die Erbauung sowie die Benutzung in Amerika gebauter Dampfer zu unterstützen, wurde an das Postamts Committee verwiesen. Die Bill ermächtigt den Gen. Postmeister mehrjährige Contrakte für den Postdienst zwischen den Häfen von New York, Boston, Baltimore und Philadelphia und Hafenplätzen in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschländ abzuschließen u. s. w. Die Subsidien sollen $20,000 jährlich für jeden Dampfer nicht übersteigen.

Mr. Myers (Pa.) überreichte eine Petition von Cigarrenmacher Gesellen des 3. Distrikts von Pennsylvanien gegen das vorgeschlagene System der Cigarrenstempelung.

Der Sprecher rief dann die Committee's zu Berichten über Bills von privatem Charakter auf.

Auf Antrag von Mr. Bingham wurden den Impeachment-Managers gestattet, während der Session des Hauses Sitzungen zu halten, Zeugen vorzuladen ꝛc.

Passirt wurde eine Bill, welche für Diejenigen, denen durch Beschluß des Congresses ihr politischer Rechtsstand widergeben wurde, folgenden Eid vorschreibt:

„Ich—N. N.—schwöre (oder bestätige) feierlich, daß ich die Constitution der V. St. gegen alle Feinde, auswärtige wie einheimische, schützen und vertheidigen will; daß ich ihr aufrichtig Treue und Glauben halten will; daß ich diese Verpflichtung freiwillig übernehme, ohne irgend eine Mentalreservation oder die Absicht sie zu umgehen, und daß ich die Obliegenheiten des mir übertragenen Amtes treu und gewissenhaft erfüllen will. So wahr mir Gott helfe!"

Nach längerer Debatte, an der namentlich Messrs. Dawes und Brooks theilnahmen, wurde Mr. R. R. Butler von Tenn. der politische Rechtsstand wieder gegeben.

Die Impeachment Managers zeigten an, daß der Senat Andrew Johnson auf Freitag den 13. März Nachm. 1 Uhr vorladen werde.

Der Protest der demokratischen Mitglieder

des Repräsentantenhauses der Ver. Staaten gegen die Articel für das Impeachment des Präsidenten Andrew Johnson.

Herr Eldrige hat am vorigen Montag vergebens sich bemüht, das Repräsentantenhaus der Ver. Staaten zur Annahme des Nachfolgenden Protestes der demokratischen Mitglieder desselben zu bewegen.

„Die unterzeichneten Mitglieder des vierzigsten Congresses der Ver. Staaten, die entweder direct oder im Prinzip mehr als eine Hälfte des ganzen Volkes der Ver. Staaten repräsentiren, protestiren hiermit im Namen des Gesetzes und der Gerechtigkeit und im Interesse Derjenigen, die sie repräsentiren, feierlichst gegen die Tyrannei und Ungerechtigkeit, welche die Majorität des Hauses verübt, indem sie das geheiligte Recht der Debatte und der uneingeschränkten Deliberationen über die größte aller Fragen verletzt, die jemals einem amerikanischen Congreß vorgelegt wurde. Die Regulationen des Hauses, die zum Schutz der Minorität gemacht wurden und durch deren strikte Befolgung die schwächere Partei allein gegen jene Irregularitäten und Mißbräuche geschützt werden kann, welche der Muthwille der Gewalt nur zu oft im Stande ist, den großen und erfolgreichen Majoritäten einzuflüstern, sind während dieses ganzen Congresses unter Vergewaltigung ihres treueren Geistes und ihrer Absichten, muthwilliger und unerhörter Weise suspendirt und bei Seite gesetzt worden, und zwar nicht wegen einer besondern dringenden Angelegenheit, sondern in Bezug auf alle der Gesetzgebung vorliegende Gegenstände, so daß durch diese rücksichtslose und willkürliche Suspension der Regulationen und des muthwilligen Mißbrauches, der mit der Vorfrage getrieben wird, die Rechte der Minorität ganz und gar unbeachtet geblieben sind und das Reprasentantenhaus aufgehört hat, ein deliberirender Körper zu sein.

Die Minorität wurde gezwungen, über die wichtigsten Fragen abzustimmen, ohne irgend welche gehörige oder vernünftig bemessene Zeit für die Debatte oder die Erwägung erlangt zu haben. Bis zu einer solchen Ausdehnung hat dieses gefährliche und bedrückende Verfahren um sich gegriffen, daß Maßregeln, welche die Lebensfragen der ganzen Nation bilden und die theuersten Interessen unserer Constituenten berühren, und die, wie wir glauben, zum Umsturz unserer republikanischen Regierungsform führen müssen, und deren ganze Natur von dem Volk und dessen Repräsentanten die sorgfältigste Prüfung verlangen, — in aller Hast durch alle legislativen Formen getrieben wurden, ohne gedruckt worden zu sein, ohne ein Wort der Debatte, ohne einen Augenblick der Erwägung, ohne auch nur den Unterzeichneten die Gelegenheit zu gönnen zu protestiren, wenn sie nicht die jetzt in Operation befindliche Ordre vorlegen wollen, welche die Majorität als die Ordre des Hauses erzwingt. Diese schreckbaren Gewaltmißbräuche möchten nicht so aussehen als verlangen sie diesen formellen Protest, wenn wir nicht zu dem Glauben gezwungen wären, daß Majorität die bestimmte Absicht verfolgt diese Regierung zu revolutioniren, indem sie die anderen coordinirten Branchen zerstört, um alle Gewalten der Regierung im Congreß zu vereinigen. Was aus den Schritten hervorgeht, welche er zur Absetzung des Präsidenten der Ver. Staaten gethan hat.

Wir fühlen, daß kein Ende jener bedrückenden Maßregeln zur Verkrüppelung der Gewalt und Erstickung der Stimme der Minorität abzusehen ist. Die Resolution wurde in aller Hast unter der Operation der Vorfrage durch das Haus getrieben. Nachdem die Sache an das Reconstruktions Committee referirt worden war, saß dasselbe während das Haus in Sitzung war, unter Verletzung einer der ausdrücklichen Regulationen, und erwog sie in brennender Hast, nahm sie vermittelst eines strikten Partei-Votums an und präsentirte sie abermals dem Haus zur Beschlußfassung. Und nun ereignete sich das außerordentlichste Schauspiel, das man jemals in einem deliberirenden parlamentarischen Körper gesehen hat. Einigen Mitgliedern gestattete man dreißig Minuten, einigen zwanzig, einigen zehn, einigen fünf Minuten, manchen gar nur eine Minute, um die wichtigsten Fragen zu discutiren, die jemals im Congreß präsentirt worden sind. Viele konnten nicht einmal unter den willkürlichen Regulationen der Majorität auch nur eine Minute erhalten, und viele Derjenigen die noch wünschten gehört zu werden, konnten weiter nichts als die Erlaubniß erlangen, Reden im Globe drucken zu lassen, die niemals im Congreß gehalten worden sind. Kein Commentar kann so vollkommen, als die Thatsachen selbst, die Schlechtigkeit, die Illegalitat eines solchen Verfahrens demonstriren. Allein hier hört noch nicht dieser excessive Gewaltmißbrauch der Majorität auf. Während das Committee in Sitzung war, um über die weiteren Beweise des Verfahrens zur Entfernung des Präsidenten zu berathen, wurden unter Anticipation der Action jenes Committees und unter der Operation der Vortrage ohne Debatte und unter Verletzung der ausdrücklichen Regulationen, neue specielle und außerordentliche Regeln für die Leitung jenes Verfahrens angenommen, Regeln welche, ohne vorhergegebene Notiz, die stehenden Regulationen des Hauses abändern, darauf abzielend, die Debatte noch mehr zu beschränken, noch weit vollkommener die Minorität der Gewalte und der Schande der Majorität zu überantworten. So — während die Majorität des Congresses fortwährend mit den andern coordinirten Regierungsbranchen, mit den Departements der Executive und der Justiz, im Streit liegt und sich bemüht, beide zu unterjochen und sie unter die Herrschaft und Controlle des Congresses zu bringen,—wird die Minorität des Repräsentantenhauses fortwährend und sicher all ihrer Befugnisse entkleidet, und deren Constituenten jeder repräsentativen Stimme in dem Rath der der Republik beraubt.

Deshalb protestiren wir hiermit feierlichst gegen diese unanständige und würdelose Hast, mit der die Majorität des Hauses durch ein strictes Parteivotum in greifbarer Verletzung einer großen stehenden Regel des Hauses, eine Resolution einbrachte und durchtrieb, welche das Impeachment des ersten Beamten des Volkes wegen angeblich hoher Verbrechen und Vergehen im Amte verlangt, während doch die Schwere der Anklage, der hohe Charakter des Amtes, gegen welches dieser Angriff gerichtet ist, und die unvorhergesehenen furchtbaren Consequenzen, welche daraus für den Frieden und die Prosperität des Volkes entspringen können, die Ausübung des besonnensten und weisesten Urtheils, die vorurtheilsfreiesten und unparteiischsten Deliberationen Derer verlangen, die ein solches Verfahren zu besorgen haben.

Wir protestiren feierlich gegen diesen Versuch zur Niederbrechung einer der größten coordinirten Branchen der Regierung durch den Parteigeist und aus Haß und Rache gegen die Person, die durch die Constitution sich in der gerechten und gewissenhaften Erfüllung ihrer Funktionen befindet; auf welche Weise die kostbare Zeit verschwendend, welche gereulich in dem ernsten Bemühen verwendet werden sollte, die dringenden Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, eine zerrissene und zerrüttete Nation wieder zu restauriren und die Union und die gute Ordnung wiederherzustellen, und die Besteuerungslast zu erleichtern, welche alle Energie des Handels und der Gewerbe bis zum Punkt des allgemeinen Bankerotts und Ruins herabdrückt.

Wir protestiren feierlich dagegen und beklagen auf das Tiefste alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, irgend eines der Regierungsdepartements mit dem andern blos wegen der Frage über die Constitutionalität oder Auslegung eines Gesetzes des Congresses in feindlichen Widerstreit zu bringen, eine Frage, über die nur die Justiz-Tribunale die Jurisdiction und das ausschließliche Recht der endlichen Entscheidung haben; und wir warnen hiermit das Volk der Ver. Staaten, daß die öffentliche Freiheit und die Existenz der freien Institutionen in diesem selbstmörderischen Kampf involvirt sind und daß dieselben in großer Gefahr stehen, zugleich umgestürzt zu werden.

Wir protestiren ferner feierlichst gegen jenen wilden radikalen Geist der Neuerung bezüglich der alten und wohlerprobten Observanz der Regierung, einer Observanz, die durch Männer eingeführt wurde, welche die Constitution entworfen haben, und die am besten den Sinn und die Meinung derselben kannten, welcher Geist der Neuerung den Oberverwalter der Republik den Repräsentanten der Würde und der Gewalt des Volkes,—der Gnade eines seiner Untergebenen preisgibt der sich anmaßt, gegen seine von ihm selbst verkündeten Ueberzeugungen über das Gesetz, Kriegssekretär zu sein, der die schamlose Effronterie hat, sich selbst in die nicht zu rechtfertigende Position zu setzen, unmittelbar mit dem Congreß in Communication zu treten, unter Verachtung der Autorität seines Vorgesetzten und mit dem wohlbedachten Vorsitz, seiner Autorität zu frotzen.

Die Unterzeichneten, die durch die despotische Gewalt einer unerbittlichen Majorität des hohen Privilegiums der Debatte, jenes großen Instruments zur Erforschung der Wahrheit, dieser theuren Erbschaft eines freien Volkes, beraubt sind, protestiren hiermit, im Charakter von Volks-Repräsentanten, feierlichst und ernstlichst gegen jene Verletzungen der Rechte des Volkes und bitten achtungsvoll, daß dieser Protest dem Journal des Hauses einverleibt werde.

Charles A. Eldridge,	Julius Hotchkiß,
P. Van Trump,	Samnel B. Artell
Geo W. Woodward,	W. E. Niblack,
W. Mungen,	Wm. S. Holman,
Stephen Taber,	Demas Barnes,
Geo. M. Adams,	A. J. Glosbrenner,
Geo. W. Morgan,	Lawrence Getz,
S. S. Marshall,	B. M. Boyer,
D. M. Vanduken,	Stevenson Archer,
Thos. L. Jones,	Albert G. Burr,
W. H. Barnum,	Jas. A. Johnson,
J. A. Nicholson,	James B. Beck,
C. D. Hallbrook,	Asa P. Grover,
F. Stone,	J. M. Humphrey,
Charles E. Phelps,	John Fox,
J. M. Cavanagh,	John V. S. Pruyn,
Charles Haight,	Samuel J. Randall,
Lewis W. Roß,	James Brooks,
L. S. Trimble,	H. McCullough,
R. D. Hubbard,	J. P. Knott,
J. S. Galladay,	Charles Sitgreaves,
John W. Chanler,	M. C. Kerr,
James R. McCormick.	

Washington, 3. März 1868.

Neuestes.

Die letzten Nachrichten aus Washington melden, daß der Präsident sich entschieden weigert, Stanton als Kriegs-Sekretär anzuerkennen, und hat den Gen. Grant beordert, ihm keine Mittheilungen von Stanton mehr zu übersenden. So ist's recht.

— Die Wahl in New-Hampshire ist zu Gunsten der Rebellen mit einer verringerten Mehrheit ausgefallen.